

Beschluss Besserer Schutz für politisches Engagement - die Landesregierung muss jetzt handeln

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.10.2025
Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

Antragstext

- 1 In den vergangenen Jahren sind in Thüringen (ehrenamtliche) Politiker*innen
2 zunehmend Ziel politisch motivierter Straftaten geworden. Beleidigungen,
3 Einschüchterungsversuche und Gewalt nehmen zu und werden in ihrer Form immer
4 aggressiver und bedrohlicher. Die Zahlen sind alarmierend. Im Jahr 2024 wurden
5 in Thüringen 248 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen registriert.¹
6 Zudem stiegen die Angriffe auf Büros von Abgeordneten des Bundestags und des
7 Thüringer Landtags auf ein neues Rekordniveau von 118 Fällen.²
8 Auch die Zahl der Politisch Motivierten Straftaten im Allgemeinen erreichte im
9 vergangenen Jahr einen traurigen Allzeithochstand mit 5.234 zur Anzeige
10 gebrachten Straftaten.³
11 Es ist jedoch davon auszugehen, dass die nicht zur Anzeige gebrachte
12 Dunkelziffer weitaus höher liegt. Zwei von drei erfassten Straftaten sind dabei
13 rechts motiviert. Die Haupttatsdeliktsbereiche umfassen dabei Tötungsdelikte,
14 Körperverletzungen (mehr als drei von vier Delikten) sowie Brand- und
15 Sprengstoffdelikte.³
- 16 Diese Entwicklung verdeutlicht: Bedrohungen und Angriffe sind längst kein
17 Randphänomen mehr, sondern betreffen die alltägliche Arbeit vieler demokratisch
18 Engagierter. Gerade Kommunalpolitiker*innen ziehen sich aus der politischen
19 Verantwortung zurück, eine gefährliche Entwicklung für unsere Demokratie,
20 besonders in den ländlichen Regionen Thüringens.
- 21 Es sind gerade politisch handelnde Akteure, die durch ihr Engagement unsere
22 Heimat prägen, die besonders von den Anfeindungen undemokratischer Kräfte
23 herausgefordert sind. Sie sind der Motor des Miteinanders, die unsere
24 Gesellschaft zu einem pluralen Ort der Mitgestaltung, Toleranz, Weltoffenheit
25 und Vielfalt machen. Ihr Schutz im Handeln und die Ermöglichung ihres
26 Engagements ist die zentrale innenpolitische Aufgabe in Thüringen – gerade
27 angesichts der massiven Störung unseres rechtsstaatlichen Systems, die wir
28 vermehrt erleben.
- 29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb den Thüringer Innenminister Georg Maier
30 und die Thüringer Justizministerin Beate Meißner auf, Lösungen gegen politisch
31 motivierte Kriminalität (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie demokratisch
32 engagierte Menschen aller Parteien, Vereine und Initiativen auszuarbeiten, die
33 über den bestehenden Maßnahmenkatalog hinaus gehen.
- 34 Wir wollen Transparenz: Der jährliche Bericht zur "Statistik Politisch
35 Motivierte Kriminalität"³ des Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und
36 Landesentwicklung muss um die Daten zur PMK gegen Amts- und Mandatstragende
37 erweitert werden. Nur wenn wir das konkrete Ausmaß kennen, können wir wirksame
38 Schutzmaßnahmen entwickeln, die präventiv sind und Betroffene angemessen
39 unterstützen.
- 40 Die Thüringer Polizei ist ein unverzichtbarer Partner. Sie arbeitet engagiert,
41 stößt jedoch zunehmend an ihre Grenzen, insbesondere durch personelle und

materielle Engpässe. Bereits 2022 war fast mehr als die Hälfte der Polizisten in Thüringen über 46 Jahre alt.⁴

Das bedeutet: hohe Pensionierungswellen ab den 2030er Jahren, wenn nicht gegengesteuert wird. Wir fordern deshalb, die Ausbildungskapazität an der Thüringer Polizeihochschule zu erhöhen. Im Bereich Digitalisierung fordern wir Investments für die Auswertung von Beweismitteln und bei der Bearbeitung digitaler Bedrohungslagen. Das beinhaltet auch, die Datenmengen für digitalen Anzeige zu erhöhen und auch die Polizei im Bereich der digitalen Forensik endlich zeitgemäß auszustatten.

2024 lag die Aufklärungsquote³ für PMK bei rund 42%. Davon wurden welche mangels Täter-Ermittlung oder fehlender Tatnachweise eingestellt, andere wegen Geringfügigkeit. Es braucht bessere Erfassungs- und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.

Das Problem lässt sich jedoch nicht allein lösen: Vom Thüringer Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung erwarten wir deshalb, dass er sich für einen Bund-Länder-Sicherheitsgipfel zum Thema stark macht und bei der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren im Dezember 2025 einen konkreten Maßnahmenplan vorlegt. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die gezielte Einschüchterung von Politiker*innen aller Ebenen gelegt werden, etwa durch Übergriffe in den Privatbereich, wie sie auch im Entwurf des Gesetzes zum besseren strafrechtlichen Schutz von Amts- und Mandatsträger*innen⁵ adressiert ist.

Der Freistaat Thüringen muss jetzt mit klaren, verbindlichen Vorschlägen für Prävention, Strafverfolgung und Polizeiausstattung vorangehen, um gemeinsam mit den anderen Ländern wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen. Jede Verzögerung gefährdet die Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie einsetzen.

Quellen:

1) <https://www.n-tv.de/regionales/thueringen/Thueringen-Leichter-Rueckgang-von-Straftaten-gegen-Politiker-article25538895.html>

2) <https://innen.thueringen.de/detailanzeige/27-2025>

3) https://innen.thueringen.de/fileadmin/Thueringer_Polizei/polizei/Statistiken/PMK-2024.pdf

4) <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article236875115/Thueringer-Polizei-hat-ein-Altersproblem.html>

5) <https://dserver.bundestag.de/btd/20/126/2012608.pdf>

Unterstützer*innen

Nele Bär (RV Wartburgkreis/ Eisenach); Matthias Kaiser (KV Gotha); Doreen Denstädt (KV Gotha); Albrecht Loth (KV Gotha); Thomas Brückmann (KV Gotha); Heiko Knopf (KV Jena); Christian Heine (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Clara Käßner (KV Gera); André Nebel (KV Altenburg); Andreas Ströbel

(KV Erfurt); Christoph Husemann (KV Jena); Andrea Winkelmann (KV Erfurt); Stefano Minardi (KV Jena);
Wolfgang Volkmer (KV Jena)